

 [Diesen Artikel drucken](#)
[Dieses Fenster schließen](#)

Knappe Mehrheit in EU-Parlament für Stammzellforschung

Do Jun 15, 2006 6:18 MESZ

Brüssel/Berlin (Reuters) - Im EU-Parlament hat sich eine knappe Mehrheit der Abgeordneten für die weitere Förderung der umstrittenen Stammzellforschung ausgesprochen.

Sollten die Staaten der Europäischen Union (EU) ebenfalls zustimmen, könnte nach der Entscheidung am Donnerstag in Straßburg die Einzelfallprüfung von solchen Forschungsprojekten weiter gehen. Kritiker vor allem aus der Gruppe deutscher Abgeordneter setzten dagegen darauf, dass die EU-Regierungen und später auch das Parlament in zweiter Lesung die Förderung der Stammzellforschung doch noch verbietet. "Es darf nicht sein, dass mit deutschen Steuergeldern über den europäischen Haushalt Forschung finanziert wird, für die man in Deutschland ins Gefängnis wandern würde", sagte die CDU-Abgeordnete Renate Sommer. Die Embryonen verbrauchende Forschung sei nach dem deutschen Embryonenschutzgesetz und in neun weiteren Mitgliedstaaten der EU unter Strafe verboten.

Embryonale Stammzellen werden in einem sehr frühen Stadium der Embryo-Entwicklung gewonnen und können sich im Unterschied zu Zellen eines späteren Entwicklungsstadiums in viele verschiedene Zelltypen auswachsen. Experten erhoffen sich von der Forschung mit embryonalen Stammzellen neue Therapiemöglichkeiten für Krankheiten wie Alzheimer oder Parkinson. Da das Embryo bei der Zellentnahme stirbt, gibt es gegen die Forschung ethische Bedenken. In Deutschland dürfen nach dem 2002 verabschiedeten Gesetz nur Zellen verwendet werden, die aus künstlich gezeugten Embryos gewonnen wurden, die ursprünglich für eine Schwangerschaft gedacht und nicht extra zu Forschungszwecken erzeugt wurden.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues, äußerte sich enttäuscht über den Beschluss des EU-Parlaments. "Die Interessen der Forschung haben sich leider gegenüber ethischen Bedenken durchgesetzt", erklärt Kues, der auch im Zentralkomitee der Katholiken für Grundsatzfragen zuständig ist.

Die Grünen nannten das Abstimmungsergebnis eine Katastrophe. "Dem Parlament ist es nicht gelungen, der EU-Kommission klare ethische Schranken für die Forschungspolitik zu setzen", erklärte ihre EU-Abgeordnete Hiltrud Breyer. "Es ist ein Armutszeugnis, dass das Parlament nicht die Chance genutzt hat, ethisch unproblematischen und viel versprechenden Alternativen, wie der Forschung an adulten Stammzellen oder aus Nabelschnurblutzellen, Rückenwind zu geben."

Der Anteil der Stammzellenforschung am Gesamtforschungsbudget von rund 51 Milliarden Euro bis 2013 ist zwar gering. Wegen der unterschiedlichen Haltung dazu war die Frage aber der umstrittenste Punkt in der Debatte. Anhänger der Stammzellforschung wie der britische Labour-Abgeordnete Gary Titley sagte, diese Forschung sei für viele Kranke etwa von Parkinson oder Alzheimer die einzige Hoffnung. Wissenschaftler versprechen sich von der Stammzellforschung neue Therapieformen für bislang unheilbare Krankheiten. Kritiker wie unter anderem die christlichen Kirchen kritisieren die Verwendung embryonaler Stammzellen, weil für ihre Gewinnung menschliches Leben vernichtet werde.

© Reuters 2006. Alle Rechte vorbehalten. Neuauflage oder Wiederverteilung des Reuters Inhalts, einschließlich durch das Cachieren, das Gestalten oder die ähnlichen Mittel, wird ausdrücklich ohne die prior schriftliche Zustimmung von Reuters verboten. Reuters und das Reuters Bereichfirmenzeichen sind eingetragene Warenzeichen und eingetragene Warenzeichen der Reuters Gruppe der Firmen um die Welt.

[Dieses Fenster schließen](#)